

27.10.2008 - Universitäten / Rektoren / Koalition / Regierung

Unis wollen sich Bruch von Wahlzusagen "nicht gefallen lassen" BILD



Utl.: Rektoren für massiven Ausbau des Uni-Sektors - Bis 2012 pro Jahr 600 Mio. Euro zusätzlich nötig plus Studiengebühren-Ersatz=

Wien (APA) - Der Vorsitzende der **Universitätenkonferenz** (uniko), Christoph Badelt, ist durchaus Realist: "Ich kann es mir nicht vorstellen, dass wir jährlich 750 Mio. Euro mehr bekommen", sagte er am Montag bei einer

Pressekonferenz in Wien. Dennoch wollen die Universitäten die Politiker auf die entsprechenden Beschlüsse hinweisen, aus denen die Rektoren diesen Finanzbedarf errechnet haben. "Wenn man vor der Wahl zu viel verspricht, wird das jemand ausbaden müssen", sagte Badelt und wies darauf hin, dass sich die Unis die Nichterfüllung dieser Versprechen "nicht gefallen lassen werden".

Mit dem dringenden Wunsch nach einem "massiven Ausbau des universitären Sektors" eröffnete Rektorenchef Badelt sein am Montag vorgestelltes Forderungsprogramm der Unis an die neue Bundesregierung. Dazu sei es notwendig, das vom Nationalrat vorgegebene Ziel zu erreichen, die Ausgaben für den tertiären Bildungssektor bis 2020 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Das derzeitige Bundesbudget der Unis müsste dafür bis 2012 um jährlich durchschnittlich 600 Mio. Euro wachsen. Wobei diese Summe noch ohne die Kompensation für den Entfall der weitgehend abgeschafften Studiengebühren sei. Die Studienbeiträge brachten den Unis jährlich 150 Mio. Euro, woraus sich in Summe der Finanzbedarf von 750 Mio. Euro errechnet.

Mit den zusätzlichen Mitteln sollten nach den Wünschen der uniko die Studienkapazitäten ausgeweitet, die Uni-Infrastruktur ausgebaut, der Uni-Kollektivvertrag finanziert und auch Exzellenz-Programme unterstützt werden. Wobei für Badelt angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage kein Zweifel besteht, dass Investitionen in Bildung "den Wachstumsmotor schlechthin" darstellen und etwa der Ausbau der Uni-Infrastruktur auch konjunkturelle wirksam wäre. "Ich verstehe nicht die einseitige Konzentration auf Bahnhöfe und Straße", sagte Badelt in Anspielung auf das jüngst von der Regierung beschlossene Konjunkturpaket.

Weitere Forderungen der Rektoren betreffen ein Entwicklungskonzept für den tertiären Sektor, wo es zu wenig Abstimmung bzw. Abgrenzung

zwischen den verschiedenen Einrichtungen wie Fachhochschulen (FH), Pädagogischen Hochschulen und Privatunis gebe. So gebe es nach den Gesetzesbeschlüssen kurz vor der Wahl - von der uniko nach dem Datum der Nationalratssitzung "9/24-Beschlüsse" genannt - an den Unis bald weder Zugangsbeschränkungen noch Studiengebühren, während es an den FH beides gebe. "Was da an Verzerrungen entsteht, ist völlig unverständlich", so Badelt, der einmal mehr die Neugestaltung des Hochschulzugangs einfordert.

Die Unis müssten in die Lage versetzt werden, ab dem Master und PhD-Niveau qualitative Zugangsregelungen zu formulieren, "was nichts mit einer Mengenregelung zu tun hat". Und überall, wo es Kapazitätsengpässe gebe, müsse es auch quantitative Zugangsregelungen geben, "solange der Staat nicht in der Lage ist, ausreichende Kapazitäten zu schaffen". Einmal mehr fordern die Rektoren hier die Einführung einer Studienplatzfinanzierung, so wie es sie im FH-Sektor schon gibt. An jeder anderen Ausbildungsinstitution des Landes vom Kindergarten bis zur postsekundären Akademie erfolge die Finanzierung nach Zahl der Teilnehmer, "nur an den Unis darf diese Frage nicht gestellt werden", so Badelt.

Die von den Rektoren geforderte Finanzierung des Uni-Kollektivvertrags sei u.a. wegen der fehlenden Pensionskassenregelung für Professoren notwendig. Berufungen aus dem Ausland seien ohne diese schwierig, weil "niemand kommt, wenn wir nur ASVG-Pensionen bieten". In diesem Zusammenhang wünschen sich die Unis auch die Unterstützung ihrer Internationalisierungsstrategie. So sei das Thema Fremdenrecht "enorm zäh", trotz kleiner Fortschritte gebe es hier "noch viel zu tun".

Die kurz vor der Wahl beschlossene Uni-Gesetz-Novelle ist für Badelt "in einigen Punkten undurchführbar". So würden die Ausnahmebestimmungen für die Studiengebühren ein "absolutes Chaos" produzieren, "diese Bestimmungen müssen raschest fallen". Die Wiedereinführung der Studiengebühren findet sich nicht im Forderungskatalog der uniko, weil sich unter den Rektoren durchaus auch Gegner der Gebühren finden. Badelt hat auch kein Kompromissmodell für die beiden Koalitionsverhandler, weist aber darauf hin, dass "Studiengebühren und Zugangsregelungen in einem Paket gesehen werden müssen".

(Schluss) cm/ly/mk

APA0253 2008-10-27/12:18

271218 Okt 08

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.